

# Bau der Roßdorfer Biogasanlage einen Schritt näher

Parlament für Aufstellungsbeschluss – Rasche Bürgerbeteiligung wurde festgeschrieben

Bruchköbel. Nach langer und kontrovers geführter Debatte sowie einer Unterbrechung, um möglicherweise einen Kompromiss zu finden, stimmte die Stadtverordnetenversammlung am späten Dienstag Abend mit den Stimmen von SPD, Grünen und der Mehrheit der CDU für die Aufstellung eines Bebauungsplan mit dem Titel „Biogasanlage Roßdorf“. Um die Bevölkerung detailliert über das umstrittene Vorhaben zu informieren, soll zum nächst möglichen Zeitpunkt eine Bürgerversammlung in dem Stadtteil organisiert werden.

Nach der teilweise polemisch und emotional geführten Debatte vor voll besetztem Sitzungssaal hatten die Parlamentarier die Qual der Wahl, denn drei Anträge standen zur Abstimmung: Die FDP wollte zunächst eine Bürgerinformationsveranstaltung über den Standort Roßdorf und dann eine Wiederbefassung im Parlament; der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) wollte die Anlage Richtung Konversionsfläche Fliegerhorst Erlensee abschieben, wohingegen SPD, Grüne und die Mehrheit der CDU-Fraktion bis auf Stadtverordnetenvorsteher Thomas Demuth (Enthaltung) und Fraktionschef Rainer Keim (Gegenstimme) – Hans-Peter Bach hatte als Befangener den Sitzungssaal verlassen – den Aufstellungsbeschluss präferierten. Damit wurde eine Abstimmung im Bau- und Umweltausschuss obsolet, wo BBB,

CDU und FDP die Ablehnung des Standorts Roßdorf durchgesetzt hatten und daraufhin von Bürgermeister Günter Maibach eine Vorlage der Verwaltung mit Inhalt Aufstellungsbeschluss zurückgezogen worden war. Dieser Antrag tauchte aber irrtümlicherweise auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung wieder auf und das Präsidium beschloss folgerichtig eine Stunde vor Beginn der Sitzung, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Stattdessen fand sich dort nur noch der Antrag des BBB, für das „Sondergebiet Biogasanlage“ einen Aufstellungsbeschluss für die Konversionsfläche Fliegerhorst zu fertigen.

Die Grünen nun brachten wiederum den Beschlussvorschlag zur Aufstellung des Bebauungsplans „Biogasanlage Roßdorf“ ein, den Fraktionschef Harald Wenzel mit der grundsätzlichen Eignung (Aufnahme der Fläche in den Regionalen Flächennutzungsplan) sowie dem unproblematischen Standort in einer Senke mit guter Anbindung begründete. Zudem hätte ein Experte in der Ausschusssitzung klar gemacht, dass bis zur Baureife eines Areals auf dem Fliegerhorst noch mindestens fünf Jahre ins Land gehen würden. Der Investor der Biogasanlage wolle aber so schnell wie möglich loslegen, immerhin handele es sich um ein Zwölf-Millionen-Euro Projekt, von dem auch viele Landwirte der Umgebung profitieren würden.

Perry von Wittich, Fraktionschef der SPD,

unterstützte den Antrag. Die Anlage, die fälschlicherweise immer als „Fabrik“ apostrophiert würde, sei so gut wie emissionsfrei, stinke also nicht, verursache nach Fertigstellung keine optische Beeinträchtigung und auch der Anlieferverkehr könne problemlos abgewickelt werden. Alle Versuche, etwas anderes zu behaupten und die Roßdorfer Bevölkerung zu verunsichern, sei ganz offensichtlich nur dazu da, „Zwietracht zu säen“.

Wie Wenzel besteht von Wittich auch darauf, dass vor einer weiteren Diskussion über das Projekt in den Gremien der künftige Betreiber in einer Infoveranstaltung in Roßdorf die Karten offen auf den Tisch

## – Zwölf-Millionen-Projekt nutzt zahlreichen Landwirten

legen müsse. Erst dann könne das Parlament abschließend darüber befinden, ob die Biogasanlage nach Roßdorf passe oder nicht. Von vornherein Nein zu sagen, halte er allerdings für falsch. Der BBB-Vorschlag sei auch deshalb nicht akzeptabel, weil durch die Randlage in Erlensee ein Großteil des Anlieferverkehrs künftig mitten durch Bruchköbel hindurch abgewickelt werden müsste.

FDP-Sprecher Gerd Jesse war dagegen der Ansicht, genau der gegenteilige Weg müsse beschritten werden. Zunächst müssten die Bürger über das Vorhaben umfassend aufgeklärt werden, erst dann könnten sich die Stadtverordneten ein Bild über die

Machbarkeit und die Akzeptanz der Anlage verschaffen und im Parlament über einen Bebauungsplan abstimmen. Im Übrigen werde das Projekt die Dimensionen einer „riesigen Fabrikanlage“ annehmen, die Fraktion habe die Referenzanlage in Wixhausen besichtigt und diese sei dreimal kleiner als die in Bruchköbel-Roßdorf geplante.

Den Änderungsantrag der Grünen hielt BBB-Fraktionsvorsitzende Alexander Rabold „für nicht abstimmungsfähig“, bezog er sich doch auf ein Gelände, von dem es noch gar keinen Plan gebe. Zudem seien noch viele Fragen offen wie Geruchsbelästigung (Westwindlage), Gasübergabe (Leitung bis zum Kinzigheimer Hof), Beeinträchtigung der Landschaft, kollidierende Interessen auf Zufahrtswegen zwischen Anlieferer, Spaziergängern und Radfahrern und die ständig schwankenden Angaben zum Gewerbesteueraufkommen. „Die Anlage bei Roßdorf zu bauen ist falsch, dahinter stehen auch massive persönliche Interessen“, stellte Rabold fest.

CDU-Fraktionschef Rainer Keim begründete sein von den Kollegen abweichendes Votum damit, dass ein Änderungsantrag der CDU in einer vorigen Sitzung, mit der Intention erst Information, dann Beschluss, untergegangen sei und er der Auffassung sei, bei solchen Großprojekten müssten immer zuerst die Bürger von der Sachlage in Kenntnis gesetzt werden.

Thomas Seifert (HA)

## Rüffel von Parlamentschef Demuth

Bruchköbel (tso). Einen deutlichen Rüffel handelte sich BBB-Fraktionschef Alexander Rabold während der Debatte um die Biogasanlage von Stadtverordnetenvorsteher Thomas Demuth (CDU) ein. Rabold hatte, ohne einen Namen zu nennen, einem Parlamentsmitglied unterstellt, er oder Familienmitglieder würden durch den Bau am Standort in Roßdorf persönlich profitieren. Zudem hatte Rabold auf ein auch dem HA zugespieltes Papier hingewiesen, das angeblich Fakten enthalte, mit dem diesem Stadtverordneten nachgewiesen werden könne,

dass er wider besseren Wissens an einer Abstimmung teilgenommen habe, an der er wegen Befangenheit nicht hätte teilnehmen dürfen. Da nur ein Abgeordneter den Sitzungssaal während der Debatte über die Biogasanlage verlassen hatte, rügte Demuth Rabold wegen der offensichtlichen Preisgabe des Namens scharf und warf ihm zudem vor, er habe seinen Parlamentskollegen mit Veröffentlichungen aus dem besagten Papier gedroht, sollte die Abstimmung nicht wie vom Bruchköbeler Bürgerbund vorgeschlagen ausgehen.